Sagt Tuningen nein, kommt Weigheim ins Spiel

Justizminister Stickelberger spricht bei zweiter Informationsveranstaltung zum Gefängnisbau / Rund 300 interessierte Bürger kommen

Von Sabine Streck

Tuningen. Wenn die Tuninger am 6. Juli beim Bürgerentscheid gegen die Ansiedlung eines Gefängnisses auf dem Liapor-Gelände stimmen, kommt der Standort Weigheim wieder ins Spiel.

Rainer Stickelberger spricht Klartext zum Thema Gefängnis in Tuningen. Fotos: Bieberstein

Justizminister Rainer Stickelberger machte gestern Abend bei der zweiten Informationsveranstaltung in der Festhalle deutlich, dass es bei einer Absage Tuningens keinen neuen Suchlauf mehr gebe. Das Land werde vielmehr die bereits in engere Wahl gezogenen Grundstücke in Rottweil, Meßstetten und Weigheim erneut unter die Lupe nehmen. Dass dabei Weigheim eine besonders hohe Priorität habe, wurde aus Stickelbergs Worten deutlich. Bevor das Gelände der ehemaligen Firma Liapor ins Gespräch gekommen ist, sei Weigheim der Favorit gewesen. Wegen der Bodenuntersuchungen habe das Land dann Abstand genommen. Aber auch die Weigheimer Fläche liege in dem Dreieck zwischen Rottweil und Tuttlingen, das das Land als idealen Standort für das neue Gefängnis betrachtet. Aus vollzuglicher Sicht könne er sich vorstellen, dass alleine auf dem Weigheimer Gelände die Justizvollzugsanstalt gebaut werde. Wegen der Grundstücksgröße sei es auch möglich, dass weiteres Gelände dazu gekauft werde. Rund zwölf Hektar Fläche seien notwendig.

Verunsicherung hat es im Vorfeld gegeben, weil die Aktionsgemeinschaft gegen das Gefängnis (AGG) am Rande einer Plenarsitzung im Landtag in Stuttgart mit Abgeordneten von CDU, FDP und Bündnisgrünen über den Weigheimer Standort gesprochen haben will. Demnach sei der noch nicht untersuchte Standort Weigheim alleine keine ernstzunehmende Alternative. Die Abgeordneten haben laut AGG zugesichert, dass sie dem Landtag vorschlagen werden, den Gefängnisbau am Justizstandort Rottweil zu realisieren.

Er finde es befremdlich, wenn die Oppositionspartei sagt, sie würde in Rottweil bauen, meinte Stickelberger zu den Vorgängen. Dies hätte sie bis zum Jahr 2011 tun können.

Den rund 300 Teilnehmern der beiden Veranstaltungsdurchläufe, erklärte der Justizminister, dass am Standort Tuningen keine sozialtherapeutische Abteilung geplant sei, ebenso wenig gebe es ein Freigängerheim. In Tuningen soll es einen geschlossenen Vollzug geben. 250 Arbeitsplätze würden durch den Bau geschaffen. Die nicht benötigte Fläche des Liapor-Areals werde renaturiert.

Faire Diskussionsrunden trotz Wortduellen

Tuninger tauschen sich in Gruppen zum Thema JVA aus / Minister steht Rede und Antwort

Von Madlen Falke

Tuningen. Der Plan der zweiten Infoveranstaltung ging auf. Es wurde untereinander, miteinander und gegeneinander diskutiert. In Gruppen mit jeweils sechs Personen hatten die Tuninger gestern die Gelegenheit, zu den Themen Sicherheit/Drogen/Kriminalität Leben mit einer JVA, Planung und Betrieb und Standort-Suche das Gespräch mit Nachbarn und Mitbürgern, und auch mit Experten ins Gespräch zu kommen.

Dabei kam es zu sachlichen Diskussionen, aber auch hitzige Wortduelle wurden geführt. Emotionsgeladen ging es beispielsweise im Gespräch zwischen Heike Schmissrauther, die zu den Befürwortern der JVA gehört, und Katharina Wolf-Böhm zu. »Ich will einfach keine JVA bei mir haben«, formuliert Wolf-Böhm klar ihre Haltung. Argumente, wie einer drohenden Kriminalitätssteigerung, Drogenmilieu und, dass ein solches Gefängnis nicht zu Tuningen passe, führte sie ebenso an, wie auch die Sorge um ihre Tochter. Schmissrauther hielt im Wortduell dagegen und argumentierte vor allem aus ihrer Erfahrung als Bewährungshelferin. »Wenn sie damit nicht leben können, dann gehen sie beim Bürgerentscheid ihrem Gefühl nach«, so Schmissrauther. Als der Glockengong ertönt, der das Ende der Diskussionsrunde signalisiert, lächeln sich beide Frauen trotzdem freundlich an, getreu dem Motto »hart in der Sache, fair im Umgang miteinander«.

Justizminister Rainer Stickelberger ließ sich trotz des für ihn ungewohnten Vorgehens auf die direkte Diskussion in den Stuhlkreisen ein. Im Gespräch mit den Tuningern ließ er dann auch noch einige Argumente zu den anderen in Frage kommenden Standorten durchblicken. So sehe er Meßstetten auch deshalb als weniger geeignet an, weil es sich außerhalb des Einzugsgebiets der Justizstandorte befinde. Die Sprecher der Aktionsgemeinschaft gegen ein Gefängnis in Tuningen, Fritz Vosseler und Werner Nestler, führten im Gespräch mit Stickelberger außerdem an, dass ein Standort in Rottweil aufgrund der Höhenlage nicht in Frage gekommen sei und das dann auch für Weigheim gelten müsse, da es 15 Meter höher läge als Tuningen. »Da darf man doch nicht mit zweierlei Maß messen«, so Nestler. »Es ist so, dass man sechs bis sieben Standorte nicht dauerhaft in der Schwebe halten kann. Wir konzentrieren uns jetzt auf den Standort hier, aber ich schmeiße Weigheim nicht raus«, antwortet der Justizminister.

Gisela Erler, Staatsrätin für Bürgerbeteiligung, formulierte es in einer Gruppen-Diskussion so: »Bevor Tuningen als Standort zur Debatte stand, waren alle anderen in Frage kommenden Standorte problembehaftet«.

Hart in der Sache – fair im Umgang wurde in den Gruppen miteinander diskutiert.

Wichtige gesellschaftliche Aufgabe

Hanno Groh zählt Argumente für die Ansiedlung auf

Tuningen (st). Hanno Groh von der Arbeitsgruppe Justizvollzugsanstalt (AG JVA) nutzte seine dreiminütige Redezeit, um ein Plädoyer für die Ansiedlung des Gefängnisses auf dem Liapor-Gelände zu halten.

Die Arbeitsgruppe wolle mit ihrem Ja einen Beitrag zu einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe leisten. Tuningen bleibe auch mit einer JVA ein sicherer Ort. Das Gefängnis liege nicht direkt im Ort und könne am geplanten Standort kaum eingesehen werden. Die Erfahrungswerte an anderen Standorten zeige, dass sich im Umfeld des Gefängnisses weder ein Drogenumfeld bilde, noch eine erhöhte Verkehrsbelästigung wegen der Besucher herrsche. Diese Erkenntnisse sollten die Tuninger für sich nutzen. Auf dem Liapor-Gelände würden auch keine Bäume gefällt.

Zudem gebe es keinen Grund, warum Tuningen auf die 175 000 Euro Nettoeinnahmen verzichten solle, die es mit Ansiedlung des Gefängnisses bekomme. Schließlich profitierten auch Handel und Dienstleistung, und der Haldenwald bleibe nach wie vor ein attraktives Naherholungsgebiet. Der bisher rauchende Turm der Firma Liapor habe schließlich bislang auch nicht gestört.

Argumente austauschen, abwägen und zuhören, das gehörte zu den runden Tischen dazu.

Seine Frage an Justizminister Stickelberger lautete: »Wirken sich Gefängnisse auf benachbarte Dörfer aus?« Es gebe keine negativen Auswirkungen auf Nachbarorte, meinte Stickelberger, es würden vielmehr die Vorteile gesehen.

Ein Imageschaden für Tuningen

Alles unter dem »Deckmäntelchen« Bürgerbeteiligung

Tuningen (st). In ganz Baden-Württemberg gebe es kein Gefängnis in einer so kleinen Gemeinde wie Tuningen, argumentierte Fritz Vosseler von der Aktionsgemeinschaft gegen das Gefängnis (AGG).

Die Ansiedlung der Justizvollzugsanstalt würde ein Imageschaden für die Gemeinde bedeuten, dann wäre jeder siebte Einwohner ein Gefängnisinsasse. Die Anlage würde zum Negativ-Wahrzeichen der Gemeinde. Durch »beschönigende und vernieblichende Worte« ließen sich die Beeinträchtigungen nicht widerlegen, meinte Vosseler. Zudem komme noch die politisch aufgebauschte Drohung, wenn Tuningen nein sage, dann komme eben Weigheim ins Spiel. Vier Standorte in Rottweil seien schon beprobt, ihm komme der ganze Ablauf deshalb unausgewogen vor. Und dann passiere alles noch unter dem »Deckmäntelchen« der Bürgerbeteiligung.

Es werde immer von der Gefahr der Spaltung der Gemeinde gesprochen, meinte Vosseler. Aber, »nicht wir spalten, sondern die anderen sollten nachdenken, uns das Risiko Gefängnis zuzumuten.«

Seine Frage an Justizminister Stickelberger lautete: »Weshalb soll das Gefängnis unter allen Umständen nach Tuningen und nicht nach Rottweil, wo Standorte schon teils im Landesbesitz sind, weshalb soll es mit Gewalt nach Tuningen?« »Das machen wir nicht mit Gewalt und aufgebauschter Drohkulisse«, entgegnete Rainer Stickelberger. Mit der JVA bekomme Tuningen eine Bereinigung der Fläche Liapor. Die Sicherheit in der Gemeinde leide nicht unter dem Gefängnis, es gebe nicht mal sinkende Baupreise und auch keine Drogenproblematik.

Rainer Stickelberger (rechts) spricht mit Fritz Vosseler (Zweiter von links), interessierte Bürger hören zu.